Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Dr. Christian Magerl

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.

a. (SPD)

Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern braucht einen dritten Nationalpark

(Drs. 17/20936)

Ich eröffne die Aussprache und darf hierzu als Erstem Herrn Kollegen von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der frühere CSU-Minister Hans Eisenmann sagte bei der Eröffnung des ersten Nationalparks im Bayerischen Wald 1970: Die Eröffnung des Nationalparks in Bayern darf wohl als die Krönung des Europäischen Naturschutzjahres bezeichnet werden. Die Absage an einen dritten Nationalpark durch Ministerpräsident Söder, obwohl sein Vorgänger Seehofer ihn versprochen hat, ist mitnichten eine Krönung. Sie ist ein weiterer Tiefpunkt der Umwelt- und Naturschutzpolitik in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Politik sieht doch heute so aus: Am Sonntag schöne Reden halten, Bayerns Heimat und Natur loben und alle Probleme totschweigen, und am Montag werden dann wieder die Teer- und Betonschleusen aufgemacht, und die Staatsregierung huldigt dem Profit und dem Wachstum auf Kosten der Natur.

(Eberhard Rotter (CSU): Heute ist aber Donnerstag!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen das nicht mit. Wir geben das Ziel Nationalpark nicht auf.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Zuruf von der CSU: Ja, schön!)

Ein dritter Nationalpark – das ist es, was auch die deutliche Mehrheit der bayerischen Bevölkerung will. In seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident versucht, den Menschen in Bayern Sand in die Augen zu streuen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU))

Natur und Artenschutz seien ihm ach so wichtig. Dafür will er jetzt

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Naturparks fördern, Artenschutzzentren einrichten und ein begehbare Donau-Aquarium schaffen. Es werden also Gebäude und Einrichtungen geschaffen, die CSU-Minister in Anwesenheit von CSU-Landtagsabgeordneten mit großem Brimborium eröffnen können.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Rotter (CSU))

Das ist politische Werbung, PR und etwas Tourismusförderung. Das ist Placebo-Politik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Unsere Große Anfrage, unsere Interpellation zum Zustand der Natur in Bayern hat aufgezeigt, welche großen Umweltprobleme wir in Bayern nach jahrzehntelanger CSU-Herrschaft tatsächlich haben. Ihr eigenes Biodiversitätsprogramm, ein zahnloser Tiger, belegt, wie viele Tier- und Pflanzenarten in Bayern vom Aussterben bedroht oder gefährdet sind. Natur und Landschaft kommen buchstäblich unter die Räder. Aber die Situation ist noch viel schlimmer, als wir dachten. Das Insektensterben, das natürlich auch in Bayern stattfindet, bedroht neben der Klimaerhitzung in nie gekannter Form unsere Lebensgrundlagen.

Das ändern Sie nicht mit hohlen Phrasen, mit Werbesprüchen und weißer Salbe. Wir wollen einen Nationalpark, um der geschundenen Natur auch in unserem eigenen Interesse wenigstens ein Stück zurückzugeben.

(Lachen bei der CSU)

Herr Söder und Herr Huber wollen dagegen einen sogenannten – Zitat – "landwirtschaftsverträglichen Natur- und Umweltschutz". Das ist kein Witz; in Wahrheit ist es nichts anderes als Interessenpolitik für die Agrarindustrie. Wenn Sie das so in die Tat umsetzen, wie es klingt, dann können Sie Ihr Donau-Aquarium in Nitrat-Aquarium umbenennen und dazu noch einen schönen gespritzten Mais-Nationalpark in Niederbayern einrichten. Echter Natur- und Artenschutz sieht nämlich anders aus.

Wir haben in Bayern eine internationale Verpflichtung, Laub- und insbesondere Buchenwälder zu schützen,

(Angelika Schorer (CSU): 32!)

Buchenwälder, wie sie zum Beispiel im Steigerwald vorkommen. Oder, um es mit den Worten der ehemaligen Umweltministerin Scharf auszudrücken – ich zitiere –:

Buchenwälder sind in Bayern auf 4,5 Prozent ihres natürlichen Areals zurückgedrängt worden. Bayern hat daher die Aufgabe, für den Schutz dieser Wälder einzutreten.

In alten Buchenwäldern, die nicht mehr bewirtschaftet werden, kommen die besonders stark gefährdeten Urwaldreliktarten vor, darunter Käfer, die auf Alt- und Totholz angewiesen sind. Mindestens 60 % dieser Insektenarten – Stichwort: Insektensterben – stehen auf den roten Listen der bedrohten Arten. Auch viele seltene Fledermausarten nutzen solche Buchenwälder als Lebensraum. Das zeigen aktuelle Forschungen im Buchen-Nationalpark Jasmund in Mecklenburg-Vorpommern.

In bewirtschafteten Wäldern werden die Bäume nicht alt genug. Sie erfüllen diese Anforderungen nicht. Der Schutz solcher seltenen und gefährdeten Arten erfordert große Flächen. Trittsteine und Mini-Waldreservate reichen dafür nicht. Auch das zeigen die Studien aus Jasmund. Man kann es einfach so ausdrücken: Wer ernsthaft Fußball spielen will, der braucht einen Fußballplatz und keinen Vorgarten. Deshalb bleiben wir

dabei und geben nicht auf: Bayern braucht einen dritten Nationalpark – am besten dort, wo alte Buchenwälder vorhanden sind, zum Beispiel im Steigerwald. Sie müssen geschützt werden, und der Nationalpark muss dort eingerichtet werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort.

(Zurufe von der CSU: Otto! Otto!)

Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einen Antrag mit "Kein Wortbruch der Staatsregierung! ..." betitelt, der legt es nicht auf Konsens an, sondern der will zum x-ten Mal Klamauk machen

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut! – Florian von Brunn

(SPD): Wenn Sie Natur als Klamauk bezeichnen! Wir wollen auch unterstützen!)

und das Thema immer wieder hochkochen, aber nicht konstruktiv zu einem Ergebnis kommen.

(Zuruf von der SPD: Ernsthaftigkeit!)

– Ernsthaftigkeit: Wir sitzen um halb eins hier und besprechen ein Thema zum zehnten oder zwanzigsten Mal vollumfänglich mit den gleichen Argumenten. Das ist für mich auch Zeitraub.

(Beifall bei der SPD)

Die Argumente sind ausgetauscht, zum letzten Mal im Umweltausschuss am 15. März. Damals haben wir den Antrag abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Das war vor der Regierungserklärung! – Ingrid Heckner
(CSU): Das ist schon lange her!)

Seitdem hat sich nichts geändert. Wir sind der Auffassung, 10.000 Hektar Nationalpark haben ihren Wert; das will ich nicht abstreiten. Aber wir wollen den Nationalpark nicht, weil wir in der Fläche eine sinnvollere Naturschutzpolitik sehen als fokussiert auf 10.000 Hektar.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, dass die Naturparks – 19 haben wir jetzt, das ist über ein Drittel, fast 40 % der Fläche Bayerns – Einrichtungen sind, die auch von der Fläche her einen hohen ökologischen Wert haben. Hier anzusetzen und verstärkt etwas zu tun, halten wir für sinnvoller, als den Fokus – ich sage es nochmals – auf 10.000 Hektar zu legen. Insofern lehnen wir den Antrag ohne große weitere Begründung ab. Ich kann nichts Neues sagen. Ich habe auch vom Kollegen von Brunn nichts Neues gehört. Insofern können wir uns die Zeit sparen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Meine Damen und Herren von Regierung und Opposition! Es ist jetzt endlich der Zeitpunkt gekommen, auf den ich seit einigen Jahren gehofft habe: dass sich endlich die Realität durchsetzt. Wir haben als FREIE WÄHLER Ihren Ministerratsbeschluss von damals von Anfang an angegriffen, in dem Sie formuliert haben: Bayern strebt einen dritten Nationalpark an. Dann begann die Runde durch den Freistaat. In mindestens sieben Gebieten haben Sie die Menschen verunsichert und zu massiver Konfrontation geführt, was zu der grotesken Situation geführt hat, dass die eigene Staatsministerin zu Hause für den Nationalpark geworben

und der CSU-Abgeordnete vor Ort die Traktor-Demo dagegen angeführt hat. Sie haben also beide Seiten zugleich besetzt.

Jetzt, nach ein, zwei Jahren, stellen Sie fest, dass Sie nirgends ein Gebiet von 10.000 Hektar finden. Deshalb der Appell an Sie, Kollege von Brunn: Ihre Vorstellungen, dass sich dort die Fledermäuse usw. dann besonders ausbreiten könnten, mögen ja fachlich richtig sein, Sie blenden dabei aber aus, dass es eben Eigentumsverhältnisse und Menschen vor Ort und Kommunalpolitiker gibt,

(Florian von Brunn (SPD): Bayerische Staatsforsten!)

die sagen: Mit uns nicht; wir wollen das nicht, weil wir Einschränkungen befürchten und dergleichen mehr, weil wir Wälder in dieser Größenordnung nicht aus der Bewirtschaftung nehmen wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung!)

Mich freut es, dass sich die Vernunft durchgesetzt hat. Wir waren von Anfang der Überzeugung, dass man mit einem dezentralen Vorgehen mehr erreichen kann. Natürlich hat alles irgendwo seine Untergrenze. Ich glaube durchaus, dass die praktizierten Trittsteinkonzepte nicht für die Katz sind und dass man an vielen anderen Stellen mit kleinen Aktionen, die von der Bevölkerung akzeptiert sind, zum Ziel kommt.

Es ist nicht so, dass Bayern in Verzug wäre. Bayern verfügt über 2 von 16 deutschen Nationalparks, die ihren Zweck erfüllen. Der Nationalpark Bayerischer Wald ist sogar deutlich größer als die Mindestgröße, er ist zweieinhalbmal so groß; daran direkt anschließend ist ein Riesengebiet in Tschechien, das noch sehr viel größer ist.

(Florian von Brunn (SPD): Das gehört aber noch nicht zu Bayern!)

Es ist also durchaus nicht der Fall, dass in diesem geografischen Raum für den Naturschutz nichts getan würde.

Noch einmal: Dieser Ministerratsbeschluss war damals ein großer Fehler. Er hat viel Geld gekostet und viel Porzellan zerschlagen. Wir hätten uns all das sparen können. Arbeiten wir jetzt bitte gemeinsam an Naturschutzprojekten, die realistisch und umsetzbar sind. Der dritte Nationalpark wird es auf absehbare Zeit nicht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Kollege Dr. Magerl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Antrag selbstverständlich unterstützen.

Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Die Idee von Ministerpräsident Seehofer und dem Kabinett, einen dritten Nationalpark in Bayern zu fordern, wurde von uns von Anfang an begrüßt und unterstützt. Ich möchte aber auch sagen, dass wir uns das vorher nicht getraut hatten. Wir haben immer nur Anträge zu einer Machbarkeitsstudie für den Steigerwald gestellt. Ich glaube, bei der SPD war es ähnlich. Die Forderung, den dritten Nationalpark zu realisieren, kam von CSU-Ministerpräsident Seehofer und seinem Kabinett. Das muss man klar und deutlich festhalten. Wenn ich mir das ansehe, stelle ich fest: Diese Idee wurde hintertrieben. Es gibt böse Zungen, die behaupten, in der CSU-Fraktion waren zwei Abgeordnete dafür und 99 dagegen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So ist es!)

Ich glaube, das dürfte auch mehr oder weniger den Tatsachen entsprechen. Ich frage: Was ist das für eine Politik, durchs ganze Land zu ziehen, einen Standort nach dem anderen herauszuziehen, dort Diskussionen zu beginnen, Standorte für einen möglichen Nationalpark dann aber nach ein, zwei, drei Jahren, wenn die Leute unter Umständen sagen, dass ein Nationalpark vielleicht doch etwas ist, wieder zu verwerfen? Im Steigerwald gibt es mittlerweile deutlich mehr Personen, die sagen: So ein Nationalpark wäre vielleicht doch etwas. Sie haben mit dieser Politik Standorte verbrannt –

das muss man klar und deutlich sagen –, und Sie von der CSU-Fraktion, und zwar die große Mehrheit, haben die Idee systematisch hintertrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss man feststellen. Da frage ich mich schon: Was für eine Art der Politik ist das Ganze letztendlich?

Sie, Herr Kollege Aiwanger, sprechen die Eigentumsverhältnisse an. Die Vorschläge, die gekommen sind, betrafen immer Gebiete des Staatsforstes, also Bereiche, die letztendlich dem Freistaat Bayern gehören.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist Eigentum von uns allen!)

Ich weiß von den Staatsforsten, dass sie dem Vorschlag zum Auwald durchaus zugestimmt haben. Der ist ja am Schluss noch in der näheren Auswahl gewesen. Ich sage dazu schon, dass das auf alle Fälle machbar gewesen wäre. Hinten liegt der Stapel an Gutachteraussagen zur morgigen Anhörung zum Schwund der Artenvielfalt in Bayern. Es gibt sehr viele, die sagen, dass wir zwar in der gesamten Fläche Schutzkonzepte brauchen, dass wir aber auch Großschutzgebiete benötigen, in denen wir die Nutzung letztendlich ganz ruhen lassen. Wir brauchen beides. Ich werbe noch einmal ganz inständig dafür: Wenn wir unserer internationalen Verantwortung für Buchenwälder und Auwälder gerecht werden wollen, den gefährdetsten Lebensräumen, die wir nicht nur in Deutschland, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Mitteleuropa haben,

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

dann müssen wir an diese ganze Geschichte heran. Sie haben das in einer dilettantischen Art und Weise vorbereitet, durchgeführt und mittlerweile gestoppt. Ich kann nur sagen: Klopfen Sie sich an die Brust, sagen Sie erst einmal mea culpa, kehren Sie dann um und gehen Sie mit uns in einem transparenten Prozess und auch mit einer guten Machbarkeitsstudie in Richtung eines dritten Nationalparks. Sie werden sehen: Wenn Sie den Leuten das Material vorlegen, werden sie mit Ihnen gehen, und Sie

werden es gemeinsam schaffen. Ich habe sowohl national als auch international an mehreren Standorten erlebt, dass Bedenken vorhanden waren. Wenn man jetzt aber in diese Bereiche kommt, prangt auf jedem Ortsschild riesengroß "Nationalparkgemeinde". Das wird von den Leuten mit Stolz vertreten, weil sie gesehen haben, dass die Entwicklung gut und richtig war. Deshalb: Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es geht um den Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rechtsberatung und -vertretung für Asyl- und Schutzsuchende verbessern", Drucksache 17/20368. Mit Ja haben gestimmt: 35. Mit Nein haben gestimmt: 68. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Kolleginnen und Kollegen, mit einem Dank schließe ich die heutige Sitzung. Insbesondere möchte ich mich bedanken bei unserem Plenarreferat, stellvertretend bei Frau Fröhlich, der Leiterin, bei den Damen und Herren des Stenografischen Dienstes, bei unseren Offiziantinnen und Offizianten und beim Technischen Dienst. Das war heute

ein langer Arbeitstag nicht nur für uns, sondern vor allen Dingen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche eine gute Nacht.

(Schluss: 00.37 Uhr)